

ZA-Archiv Nummer 6423

**Akzeptanz von Asylbewerbern in Rostock-Stadt
1992**

Zur Akzeptanz von Asylbewerbern in Rostock-Stadt

Empirische Ergebnisse aus dem Frühjahr 1992

I. Vorbemerkungen

Die Eruption von Haß und Gewalt vor der Zentralen Aufnahmestelle für Asylbewerber (ZAST) in Rostock-Lichtenhagen im September 1992 hat die Öffentlichkeit zwei Wochen lang in Atem gehalten. Danach sind vergleichbare Bilder anderenorts – in Deutschland Ost und West – zum deutschen Fernsehalltag geworden. Erst die jüngsten Brandanschläge auf Ausländerunterkünfte im schleswig-holsteinischen Mölln dürften unmißverständlich gezeigt haben, wie sehr rechtsradikale Gewalt ein gesamtdeutsches Phänomen geworden ist.

Sofern die Ereignisse von Rostock-Lichtenhagen nicht einfach im Interesse einer Verschärfung des Asylrechts instrumentalisiert wurden, werden Fragen nach den Ursachen zu oft nur vage beantwortet: An vorderster Stelle stehen soziale Verunsicherungen der „Verlierer der Einheit“. Beklagt wird Jugendgewalt als Ergebnis mangelnder Erziehung, als stünde der „Jugendgewalt“ eine „gewaltfreie Welt erzogener Erwachsener“ gegenüber. Unvermeidlich scheint auch der Verweis auf Demokratiedefizite der Ostdeutschen oder auf deren fehlende Vertrautheit mit Ausländern zu sein. Dabei haben die Exzesse doch erst durch die Logistik neonazistischer Gruppen aus dem Westen Deutschlands an „Profil“ gewonnen; haben doch in der abgepackelten ZAST seit vielen Jahren Ausländer unbehelligt gelebt.

Die Ergebnisse einer empirischen Analyse vom Frühjahr 1992 über die Akzeptanz von Asylbewerbern in Rostock-Stadt¹, deren Ziel es war, sowohl Gefährdungspotentiale als auch spezifisch ostdeutsche Ursachen für Ausländerfeindlichkeit zu hinterfragen, sollten nachdenklich stimmen. Anliegen des vorliegenden Beitrages ist es nicht, Antworten

auf Fragen zu geben, die ja im übrigen mit den Gewaltakten und der Gewalttoleranz von *Teilen der Bevölkerung* in Rostock-Lichtenhagen nicht aufgeworfen, sondern zugespitzt wurden. Es geht vielmehr um die Suche nach den Wurzeln der inzwischen alltäglichen Gewalt, die sich derzeit an „Sündenböcken“ – den Asylbewerbern – entlädt. Angesichts einer spürbar aggressiver werdenden Feindseligkeit zwischen Ost- und Westdeutschen drängt sich die Frage auf, was werden wird, wenn keine Asylbewerber mehr da sind?

II. Prämissen der Untersuchung

Die Untersuchung basiert auf folgenden fünf Überlegungen:

1. Die Aufnahme von Asylbewerbern bringt eine Reihe von Problemen mit sich, deren Existenz nicht einfach geleugnet werden kann. Anzunehmen war insofern, daß das *Thema* „Asylbewerber“ in der Reflexion der Bevölkerung generell eine Rolle spielt, die – in Abhängigkeit von der Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe oder Schicht – größer oder kleiner sein kann.
2. Nur ein Teil der Bevölkerung fühlt sich von diesem Thema so stark betroffen, daß es für ihn zu einem *Problem* wird. Dabei waren zwei grundverschiedene Arten von Betroffenheit zu berücksichtigen: Zum einen ging es um Betroffenheit im Sinne einer angenommenen Gefährdung eigener Interessen durch Asylbewerber. Zum anderen ging es um (emotionale) Betroffenheit über Gewaltakte gegen Asylbewerber.
3. Sowohl der Stellenwert, den das Thema „Asylbewerber“ in der Reflexion der einzelnen besitzt, als auch Ausmaß und Art individueller Betroffenheit sind nicht monokausal zu erklären, sondern resultieren aus vielschichtigen Ursachen.
4. Die Haltung der Bevölkerung gegenüber Asylbewerbern wird durch das Verhalten von Politikern und Parteien, von Verwaltungen und Behör-

¹ Vgl. Karl-Otto Richter/Britta Hermann/Bernhard Schmidtbauer, Akzeptanz von Asylbewerbern in Rostock-Stadt. Ergebnisse einer empirischen Studie, UCEF-Report 1/1992, Reihe A, Unabhängiges Centrum für empirische Sozial-, Politik- und Kommunikationsforschung, Rostock 1992.

den sowie durch die Medien beeinflusst. Man kann daher davon ausgehen, daß die andauernde Asyldebatte in Teilen der Bevölkerung ausländerfeindliche Denkweisen und Reaktionen gefördert hat.

5. Ausländerfeindlichkeit in den alten und neuen Bundesländern artikuliert sich in vergleichbaren Erscheinungsformen. Von daher ließen sich gleiche oder ähnliche Ursachen unterstellen. Die Untersuchung stützte sich jedoch auf eine stärker differenzierende Annahme: Es wurde davon ausgegangen, daß es in Ost- und Westdeutschland in gleicher Weise wirkende Ursachen von Ausländerfeindlichkeit gibt, die in Ostdeutschland aber von weiteren Einflußfaktoren überlagert werden. Vermutet werden mußte, daß dazu sowohl spezifische Sozialisationsbedingungen in der DDR zählen, als auch Erwartungen, die in die deutsche Einheit gesetzt und enttäuscht worden waren, sowie die desillusionierende bis demütigende Art, in der sich der Vereinigungsprozeß vollzieht.

III. Methodische Aspekte der Befragung

Die Studie² ist das Ergebnis einer explorativen Untersuchung, mit der ein konkretes Problemfeld genauer umrissen wird. Im Vordergrund stand die Gewinnung von Informationen über Argumente, die in der Bevölkerung zum Thema „Asylbewerber“ vorhanden sind. Um dabei Ansichten aus unterschiedlichen sozialen Gruppen erfassen zu können, wurden 200 Testpersonen (Probanden) durch eine Quotenauswahl bestimmt. Die Quotierung entsprach der Alters- und Geschlechterstruktur der erwachsenen Rostocker Bevölkerung.

Die Befragung erfolgte schriftlich – als Straßenbefragung anhand eines standardisierten Fragebogens – im Februar 1992 im Stadtzentrum und in den Neubaugebieten des Nordwestens, zu denen auch Lichtenhagen gehört.

Die Zahl derer, die es ablehnten, sich zu beteiligen, blieb mit 15 Prozent relativ gering. Ein Teil der Verweigerer ließ in Äußerungen zu der Befragung ausländerfeindliche Haltungen erkennen. Insofern muß vermutet werden, daß die anschließend eingegrenzten Gruppen mit geringer Akzeptanz von Asylbewerbern real wahrscheinlich noch etwas größer sind als die im Rahmen der Untersuchung ermittelten.

2 Vgl. ebd.

Die vorgestellte empirische Analyse erhebt nicht den Anspruch, repräsentativ zu sein. Angesichts der gewählten Methode, der 200 Befragten und der Vorgabe von Quoten für die Alters- und Geschlechtergruppen ist jedoch auszuschließen, daß etwa eine Vielzahl exotischer Sonderfälle befragt wurden. Das anhand der Befragung zu zeichnende Bild würde durch repräsentative Untersuchungen gewiß genauer, es müßte in den Grundproportionen aber kaum korrigiert werden müssen.

IV. Ergebnisse

1. Gruppen mit geringer Akzeptanz von Asylbewerbern

Einer der Ausgangspunkte der Analyse war, daß das Thema „Asylbewerber“ für einen Teil der Bevölkerung zum *Problem* wird, weil mit der Aufnahme von Asylbewerbern eigene Interessen gefährdet scheinen. Die Bestimmung der Größe von Gruppen unter den Befragten, die durch eine geringe Akzeptanz von Asylbewerbern auffielen, und Aussagen über deren soziale Struktur und über deren Erklärungsmuster für ihr ausländerfeindliches Verhalten sind insofern von Bedeutung, als sie auf Ursachen der Entstehung von Ausländerfeindlichkeit verweisen.

Unter den Probanden konnten drei spezifische Gruppen bestimmt werden, die sich einerseits in ihrer restriktiven Haltung gegenüber der Aufnahme von Asylbewerbern gleichen, sich andererseits aber dadurch unterscheiden, daß die Ablehnung von Asylbewerbern verschieden stark ausgeprägt ist. Für die Gruppenbildung wurden drei Indikatoren herangezogen: *erstens* die Haltung zur Asylpolitik in Deutschland überhaupt, *zweitens* (emotionale) Betroffenheit über Gewaltakte gegen Asylbewerber und *drittens* die Beziehung zwischen eigenen Interessen und der Aufnahme von Asylbewerbern. Ein Bild der Differenzierungen, die sich unter den Testpersonen ergeben, wenn alle drei der oben genannten Indikatoren miteinander kombiniert werden, liefert die Abbildung 1.

Wie Abbildung 1 zeigt, fühlten sich keineswegs alle Probanden, die starke Einschränkungen bei der Aufnahme von Asylbewerbern forderten (vgl. Gruppe 1 innerhalb des gepunkteten Rahmens), durch diese in ihren Interessen bedroht oder von den an Asylbewerbern verübten Gewaltakten emotional unberührt. Stark restriktive Haltungen gegenüber der Aufnahme von Asylbewerbern wur-